



AG Bürgerschaftliches Engagement

Mehr Demokratie wagen – für eine solidarische Bürgergesellschaft Unsere Politik für das Engagement

Mit seinem Aufruf „*Wir wollen mehr Demokratie wagen*“ gab Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung den Startschuss für mehr Beteiligung und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Auch heute, nach vierzig Jahren, sind seine Positionen aktueller denn je:

„Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger.(...)“, und weiter: *„Wir wollen die demokratische Gesellschaft, zu der alle mit ihren Gedanken zu einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen sollen. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“*

In diesen Positionen spiegeln sich Selbstverständnis wie Geschichte der Sozialdemokratie. Unser Ursprung gründet sich auf gesellschaftliche Selbstorganisation. Das Soziale und das Demokratische sind unsere Wurzeln. Es waren Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich selbst organisierten, zusammenschlossen um für soziale und demokratische Rechte und für mehr Teilhabe und Freiheit zu kämpfen.

Willy Brandts Credo: *„Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“* ist Ansporn wie Leitmotiv für sozialdemokratische Politik für das Bürgerschaftliche Engagement.

„Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung nutzen. Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.“ (Hamburger Programm 2007)

In unserem Hamburger Programm wird die Bedeutung, die wir bürgerschaftlichem Engagement und der Bürgergesellschaft beimessen, deutlich. Bürgerschaftliches Engagement ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Denn für unsere Demokratie ist die Existenz einer leben-



digen Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger sind ein notwendiger Bestandteil eines sozialen und starken Staates.

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter

Die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen, die Beteiligung an verschiedenen Formen politischer Partizipation gehören ebenso zum bürgerschaftlichen Engagement wie das klassische Ehrenamt und das Stiften und Spenden von Geld. Auch das Engagement im Rahmen eines Jugendfreiwilligendienstes oder einem Projekt der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste zählt zum Bürgerschaftlichen Engagement.

Gegenwärtig sind ca. 23 Mio. Bundesbürgerinnen und Bundesbürger engagiert. Von 1999 bis 2004 stieg die Engagementquote von 34 % auf 36 %. Auch findet bürgerschaftliches Engagement in sehr unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern statt. Das meiste Engagement liegt in den Bereichen Sport (11 %), Schule und Kindergarten (7 %), Kirche und Religion (6 %), Freizeit und Geselligkeit (5,5 %), Kultur und Musik (5,5 %) und im Sozialen Bereich (5,5 %) statt. Nicht zu vergessen sind die Hilfe-Eliten wie Feuerwehr, Rettungsdienste und THW (3 %), berufliche Interessenvertretung wie Gewerkschaften (2,5 %), Politik und Interessenvertretung (2,5 %), Umwelt- und Tierschutz (2,5 %), Jugendarbeit und Bildung (2,5 %) und das lokale Bürgerengagement (2 %). Zu den eher kleinen Engagementbereichen gehören der Gesundheitsbereich (1 %) sowie Justiz und Kriminalitätsprobleme (0,5 %).

Unsere Gesellschaft braucht für den Zusammenhalt das Engagement von allen

Wer sich freiwillig engagiert, leistet einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität, Eigeninitiative und Verantwortung setzen kann. In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Auf diese Weise leisten sie einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dabei wollen wir auch jene mitnehmen, die bisher eher am Rande stehen. Noch immer ist das bürgerschaftliche Engagement unter Migrantinnen und Migranten weniger verbreitet als unter Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund. 23 % der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten waren 2004 bürgerschaftlich engagiert. Eine solidarische Bürgergesellschaft ist aber auf das Engagement aller angewiesen.

Wir wollen daher Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten gezielt ausbauen.



Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Menschen jenseits der 65 sind heute noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens. Sie treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein. Diese Zeit der „gewonnenen Jahre“ gilt es für sie selbst und für die Gesellschaft zu nutzen.

Ältere Menschen übernehmen in erheblichem Umfang unentgeltlich freiwillige, gemeinwohlorientierte Tätigkeiten. Sie engagieren sich vor allem in den traditionellen Ehrenamtsfeldern Sport, Kirche und sozialen Organisationen. Es gibt aber auch eine Reihe von „Pionieren“, die sich mit zentralen Zukunftsthemen wie z.B. „Wohnen im Alter“, „generationsübergreifendes Engagement“, „Umwelt- und Denkmalschutz“ oder in Freiwilligendiensten neue zukunftsweisende Engagementformen erproben und entwickeln.

Wichtig ist uns: Ältere sind keine demografische Katastrophe. Ältere wollen die Chancen des längeren Lebens nutzen und sind zu jung, um zum „alten Eisen“ zu zählen. Ältere Menschen sind keine Hilfeempfänger, die von der Gesellschaft integriert werden müssen: Sie haben genug eigene Ideen und Potentiale. Um diese einzubringen müssen sie aber auch Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden erhalten. Wir brauchen die Älteren mit ihrem Engagement auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement im vorsorgenden Sozialstaat

Der vorsorgende Sozialstaat fördert und ermöglicht bürgerschaftliche Verantwortung; nicht als Ersatz für Sozialleistungen, sondern als notwendiges Gegengewicht. Erst das Engagement und die Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen füreinander schaffen gesellschaftlichen Zusammenhalt; der Staat allein kann dies nicht leisten. Deshalb sehen wir Bürgergesellschaft und staatliche Politik als Partner auf Augenhöhe und in gleicher Verantwortung für Integration und Chancengleichheit. Soziale Dienstleistungen können oftmals besser bürgerschaftlich verantwortet als vom Staat bereitgestellt werden.

Dies kann aber nur mit Unterstützung und Kooperation des Staates gelingen. Von Selbsthilfegruppen über die Vereinslandschaft bis zu den Wohlfahrtsverbänden haben sich selbst organisierte und differenzierte Strukturen entwickelt. Ihr Beitrag für gelebte Solidarität und gesellschaftliche Integration ist unverzichtbar.

Wir wollen Brücken bauen zwischen dem traditionellen Ehrenamt, gewachsenen Formen bürgerschaftlichen Engagements und neuen Formen von Freiwilligendiensten und selbstorganisierten Strukturen. Der vorsorgende Sozialstaat wird sich daran messen lassen müssen, in welchem Maße er dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger Raum lässt und Rahmen gibt.



10 Jahre Regierungsverantwortung der SPD sind 10 Jahre Einsatz für das bürgerschaftliche Engagement

Engagementpolitik ist mit Regierungsübernahme seit 1998 in der SPD-Bundestagsfraktion ein fester Bestandteil in den Strukturen der Fraktion und des Bundestages geworden. Wir konnten dadurch - unterstützt durch die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ durch den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, durch Tagungen und Konferenzen - Impulse für die inhaltliche Arbeit setzen und Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe profilieren.

→ Eine detaillierte Darstellung unserer Bilanz für das Engagement kann der [BROSCHÜRE „WEGE ZUR SOLIDARISCHEN BÜRGERGESELLSCHAFT“](#) entnommen werden.

Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir auch in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.



10 Punkte-Programm für die solidarische Bürgergesellschaft

(1) Förderung von Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen

Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation. Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit, braucht personelle Unterstützung, Anlaufstellen und Gelegenheitsstrukturen.

Die **Netzwerke der Bürgergesellschaft sind keine Kooperationsformen “von Staats wegen”**, sondern Formen der Selbstorganisation einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft.

- **Wir unterstützen den Erhalt und den Ausbau der Freiwilligen- und Netzwerkstrukturen.** Dazu zählen u.a. unter anderem das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BAS), die Nationale Anlauf- und Kontaktstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) und auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (Bagfa).
- **Wir wollen bestehende und gewachsene Infrastrukturen vorrangig fördern.** Wir wollen die Förderung daher für einen Zeitraum von zumindest fünf Jahren verbindlich gegenüber den Einrichtungen zusichern, um auch längerfristig angelegten und auf Nachhaltigkeit abstellende Projekte zu ermöglichen.
- **Wir wollen die Förderung von Infrastrukturen für die Bürgergesellschaft als eine Querschnittsaufgabe ausbauen.**

(2) Bürgerschaftliches Engagement braucht institutionelle Lernorte

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht selbstverständlich: es wird gelernt oder verlernt, es braucht Vorbilder, Anregungen und Räume, in denen Verantwortungsübernahme für andere und eigene freiwillige Aktivitäten geprobt und eingeübt werden können. **Elternhaus, pädagogische Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Universitäten, aber auch Unternehmen und Verwaltungen** tragen dazu bei, ob Engagement gelernt wird.

- **Wir treten dafür ein, dass Schulen Räume und Gelegenheiten bereitstellen, um Engagement “zu lernen”.** Durch die **innere Öffnung** von Schulen sollen neue Formen des Unterrichtens und Lernens, Prinzipien wie Handlungsorientierungen und eigenständiges Lernen gestärkt werden. Verantwortungsgefühl soll gestärkt, Kreativität angeregt und Wertebewusstsein entwickelt werden. Die **äußere Öffnung** von Schulen zielt auf eine verstärkte Einbettung der Einzelschule in das umliegende Gemeinwesen ab.



- **Wir wollen Allianzen und lokale Bündnisse für die Familie.** Getreu dem Sprichwort „um ein Kind zu erziehen braucht man ein ganzes Dorf“ müssen Allianzen und lokale Bündnisse für die Familie geschmiedet werden. Patenschaftsmodelle, selbstorganisierte Kindertagesstätten, Projekte wie Pfielgelotsen und Stadtteilmütter, Mehrgenerationenhäuser, Elternzentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros stehen für das **gesellschaftliche Selbstorganisationspotential im Umfeld der Familie**.
- Wir wollen diese engagementgetragenen Initiativen und Projekte durch den **Aufbau einer Infrastruktur** fördern, die Engagement unterstützt, mit professioneller Arbeit begleitet und eine sachgerechte Qualifizierung ermöglicht.

(3) Freiwilligendienste ausbauen und weiterentwickeln

Freiwilligendienste sind ein wichtiger Baustein des bürgerschaftlichen Engagements für eine starke Bürgergesellschaft. In Freiwilligendiensten können Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement ermöglicht und neue Engagementformen ausprobiert werden

- **Wir wollen die klassischen, aber auch die internationalen Jugendfreiwilligendienste weiter entwickeln, ausbauen und sichern.**
- **Wir wollen die Freiwilligendienste für alle öffnen werden,** das gilt insbesondere auch für Migrantinnen und Migranten. Dazu wollen wir auch die Träger und Einsatzstellen besonders qualifizieren und fördern.
- **Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen Jugendfreiwilligendienst gesetzlich verankern**
- **Wir wollen die Zahl der geförderten Plätze für Jugendfreiwilligendienste auf 30.000 Plätze zusammen mit den Trägern erhöhen.**
- Freiwilligendienste müssen **zielgruppengerecht für alle Altersgruppen für Jung und Alt** offenstehen. Wir setzen uns daher für die Weiterentwicklung des Bundesmodellprojektes „Freiwilligendienste für alle Generationen“ ein und eine kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Engagierten.



(4) Wir wollen den demographischen Wandel aktiv gestalten

Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl und braucht die Mitwirkung und Teilhabe aller. Ältere wollen auch ihren Platz in der Gesellschaft, erwarten angemessene Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden. **Eine Gesellschaft des langen Lebens** ist eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen jenseits der Erwerbsarbeit sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten suchen.

Ältere Menschen haben viel zu bieten: Erfahrungen, Kompetenzen und Zeit. Sie stehen noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens sondern treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein.

Ältere Menschen sind bereit, **Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen**, bringen Erfahrungswissen und Kompetenzen mit, die sie im bürgerschaftlichen Engagement an Andere weitergeben oder mit ihnen teilen können und wollen.

- Wir wollen mit Programmen wie **Freiwilligendienste aller Generationen** und **Alter aktiv** neue Wege gehen und eine selbstbestimmte und mitteilungsorientierte Lebensform älterer Menschen auf kommunaler Ebene ermöglichen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.
- Wir wollen die gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten, wie z.B. im Bereich der „Sozialen Stadt“, oder im Bereich der Pflege kontinuierlich ausbauen.
- Wir wollen Gelegenheitsstrukturen in den Kommunen entwickeln, damit **Ältere ihre Potentiale im Rahmen echter Beteiligungsmöglichkeiten zur Mitwirkung** einbringen können.

(5) Stärkung des Engagements für kulturelle Offenheit

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel für das soziale Miteinander in der Gesellschaft und das Engagement von Migrantinnen und Migranten leistet einen zentralen Beitrag zur Integration in unsere Gesellschaft. Das gilt sowohl für das Engagement in eigenethnischen Organisationen als auch für das gemeinsame Engagement.

- Wir wollen den **ca. 17. Mio. Bürgerinnen und Bürgern** mit Migrationshintergrund Teilhabe im bürgerschaftlichen Engagement ermöglichen. Um sich wie als „Bürger fühlen zu können“ braucht es Bürgerrechte, wie z.B. das kommunale Wahlrecht und die Anerkennung von Mehrstaatigkeit.
- Wir setzen auf die **verstärkte Einbindung der Migrantinnen und Migranten in die Engagementstrukturen.**



- Wir setzen auf eine **strukturelle Stärkung von Migrantenorganisationen**, die eine **soziale** und **gesellschaftspolitische Teilhabe der Zuwanderer** verfolgen.
- Wir wollen **Tandemträgermodelle** entwickeln und fördern, um Migrantenselbstorganisationen als Träger in unterschiedlichen Freiwilligendiensten aufzubauen.
- Wir werden die **Forschung** zu Migrantenselbstorganisationen verstärken und sie in Förderprogrammen einbeziehen.

(6) Auf den Rahmen kommt es an

Bürgerschaftliches Engagement basiert auf Freiwilligkeit und kann nicht verordnet werden. Wenn es sich weiter entfalten soll, bedarf es der Ermutigung und Ermöglichung. Eine aktive Bürgergesellschaft braucht einen Staat, der fruchtbare Voraussetzungen für das Engagement schafft..

- Wir setzen uns für eine **stetige Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen** für das Bürgerengagement ein, z.B. im Vereinsrecht, im Zuwendungsrecht, Anerkennung der Zeitspende- wie auch für den Bürokratieabbau.
- Wir wollen ein **Freiwilligenstatusgesetz**, das die rechtlichen Regelungen von Engagierten in einem Gesetz zusammenfasst.
- Wir wollen ein **Freiwilligendienststatusgesetz**, mit dem alle rechtlichen Rahmenbedingungen von Engagierten in Freiwilligendiensten geregelt werden.
- Wir wollen das **Gemeinnützigkeitsrecht** weiter entwickeln; im nächsten Schritt geht es um die **Europatauglichkeit**, um **Haftungsfragen** und **Transparenz**.

(7) Wertschätzen und Anerkennen

Bürgerschaftliches Engagement braucht Bestätigung, **öffentliche Anerkennung und Wertschätzung!**

Wichtige Bausteine sind ehrliche Formen der Würdigung: Preise und Auszeichnungen, Ermutigung und Belobigung bürgerschaftlichen Engagements

Die Vielfalt heutiger Engagementformen und die Unterschiedlichkeit der Motive und Bedürfnisse engagierter Bürgerinnen und Bürger erfordert neue und **zielgruppenangemessene Formen der Anerkennung und Ehrung**.

- Wir unterstützen die seit mehreren Jahren erfolgreich laufende **Woche des Bürgerschaftlichen Engagements**, ausgerichtet vom Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches



Engagement,. Wir wollen auch in Zukunft für die öffentliche Anerkennung und Würdigung der Leistungen der 23 Millionen Engagierten in Deutschland werben.

- Wir unterstützen Initiativen aus der Wirtschaft und der Öffentlichkeit, die über Preise und Wettbewerbe Anerkennung und Wertschätzung zollen - wie z.B. die Themenwoche der ARD zum Bürgerschaftlichen Engagement im Mai 2009 oder die Themenwoche des ZDF in 2007. Diese Form der Anerkennung durch die Medien gilt es auszubauen
- Die **Verbesserung von Rahmenbedingungen** ist Teil unserer Politik, mit der wir die Leistungen von Engagierten anerkennen und würdigen.

(8) Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gesellschaft

Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gesellschaft – daher setzen wir auf den Ausbau und die Förderung von Corporate Social Responsibility.

- Wir stehen für eine Förderung und Entwicklung von **Unternehmenskulturen, in der die Übernahme sozialer Verantwortung und Orientierung am Gemeinwohl** Kernelemente unternehmerischen Handelns sind.
- Wir dürfen die Fragen von **Arbeitnehmerrechten im Betrieb, der Mitbestimmung und Tarifbindung** bei CSR nicht außen vor lassen. Soziale Verantwortung von Unternehmen heißt Engagement nach Innen wie nach Außen und darf nicht zum reinen Imageträger verkommen.

(9) Ausbau der Engagementforschung

Eine solide Politik für das Engagement setzt **belastbare wissenschaftliche Forschungsergebnisse** voraus.

- Wir setzen uns daher für den **Ausbau der Engagementforschung** ein.
- Noch in der laufenden Legislaturperiode werden wir einen ersten **Engagementbericht** veröffentlichen. Wir werden im Bundestag einen Antrag einreichen der von der Bundesregierung eine Engagementberichterstattung in regelmäßigem Turnus einfordert.



(10) Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement ist eine Querschnittsaufgabe

Mit der Einsetzung des **Unterausschusses für Bürgerschaftliches Engagement** auch in der kommenden Legislaturperiode machen wir deutlich: wir wollen das Thema mit unserer parlamentarischen Arbeit auch weiter begleiten und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland verbessern.

Durch Intensivierung der **Abstimmung zwischen den Ressorts** wollen wir unsere Politik für das Engagement als **Querschnittsaufgabe** weiter ausgebaut.

- Wir wollen eine **institutionelle Verankerung der Politik für das bürgerschaftliche Engagement** auch im Regierungsapparat; dies kann m. E. am sinnvollsten durch einen Beauftragten im Bundeskanzleramt erreicht werden.

Entwurf, Stand: 5.3.2009